

Europa und die wilden Stiere

In der griechischen Mythologie noch vom Stier verführt, steht Europa heute selbst in der Pflicht die jungen Demokratien zu bändigen. Der Heidelberger Politikwissenschaftler Aurel Croissant wagt im Gespräch mit dem Karlsruher Transfer eine Einschätzung dieser neuen Herausforderung.

Das Gespräch führte Thorsten Wahle.



KT: Herr Croissant, in der Eurokrise hat sich England zunehmend isoliert und die südlichen Länder schaffen es nicht mehr, wirtschaftlich mitzuhalten. Bricht Europa auseinander?

Prof. Dr. Aurel Croissant: Nein, das ist eine zu weit gehende Schlussfolgerung. Auch wenn man sich nur die EU anschaut, kann man sicherlich auch hier nicht von einem Auseinanderbrechen

sprechen. Die Gefahr, dass aus der momentanen Währungs- und Finanzkrise ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder Integrationstiefen hervorgehen wird, ist natürlich da. Die EU muss sich jetzt entscheiden, ob sie den Schritt zu einer Transferunion gehen will oder ob sie sich auf einen Kernbereich der vertieften Integration und einen Randbereich, zu dem dann etwa Großbritannien gehören würde, einlassen

möchte. In welche Richtung die EU geht, ist momentan nicht abzusehen. Studien zu Währungskrisen in anderen Regionen zeigen aber, dass Entscheidungsträger eine Strategie des „muddling through“, des Durchwurschtelns, wählen bis zum allerletzten Moment und dann erfolgt in der Regel der harte Schnitt. Dabei will man die Wähler nicht mit Wahrheiten vergrätzen und genauso verhält sich die EU im Moment.

Bild: Wandersmann / pixelio.de

Erleben wir damit einen zunehmenden Machtverlust Europas?

Den relativen Machtverlust Europas stellen wir nun schon seit etwa hundert Jahren fest (lacht). Die EU ist auf internationaler Bühne zwar in den letzten Jahren oder Jahrzehnten vermehrt als Akteur aufgetreten, hat aber schon immer unter Problemen der schwachen Einheitlichkeit von Interessen, Strategien und Zielen gelitten. Die Finanzkrise, aus der eine Währungskrise geworden ist, hat natürlich die politische Handlungsfähigkeit der EU deutlich geschwächt. Das ist aber nur einer von verschiedenen Faktoren, der dazu beiträgt, dass die EU es bislang nicht

„In welche Richtung die EU geht, ist momentan nicht abzusehen.“

verstanden hat, sich als ein starker, einheitlicher Spieler in der internationalen Politik zu positionieren. Andere Faktoren wie die offenkundige Verlagerung weltwirtschaftlicher Gewichte vom Atlantik in den Pazifik sind unabhängig von der Finanz- und Währungskrise. Daher wird sich Europa langfristig vermutlich daran gewöhnen müssen, eine weniger einflussreiche Rolle zu spielen, als man das vielleicht aus dem 20. Jahrhundert gewohnt war.

Die Machtlosigkeit Europas bzw. des Westens insgesamt zeigt sich im Augenblick ja auch am Fall Syriens. China hat genauso wie Russland sein Veto eingelegt gegen eine Intervention. Gibt es am Ende also eine Solidarität unter autokratischen Regimen? Warum unterstützt Russland Syrien? Ich glaube, das hat gar nicht so viel da-

mit zu tun, dass Syrien ein autokratisches System ist, sondern eher damit, dass Syrien ein guter Kunde russischer Waffentechnologie ist, Russland einen Marinestützpunkt in Syrien hat und das Regime ein guter Partner russischer Außenpolitik war. Die russische Regierung ist in der Neuordnung Libyens, wo die auch immer hinführen mag, außen vor. Das möchte sie ungern noch mal sein und Moskau möchte auch in Zukunft seine Waffensysteme nach Damaskus verkaufen. Das sind jetzt natürlich nicht die hehren Ziele der Demokratieförderung, die uns im Westen vorschweben, aber wer glaubt denn schon, dass Demokratieförderung das Hauptziel der französischen Intervention in Libyen war?

Vielleicht war das auch ein bisschen Wahlkampf für Sarkozy?

Das entwertet natürlich nicht die französische und westliche Intervention zum Schutz der Opposition, faktisch auch zum Sturz des Regimes, und es rechtfertigt nicht Russlands Haltung gegenüber dem Assad-Regime. Aber es zeigt, dass auch westliche Staaten mitunter einer bestimmten Interessenspolitik folgen, und das betreibt Russland schlichtweg momentan in Syrien. Die

PROF. DR. AUREL CROISSANT

Aurel Croissant ist Professor für Politikwissenschaft und Prodekan für Forschung der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem theoretische und empirisch-vergleichende Demokratieforschung, zivil-militärische Beziehungen sowie Terrorismus und politische Gewalt.



chinesische Regierung wiederum steht internationalen Interventionen in innerstaatliche Konflikte grundsätzlich hochgradig skeptisch gegenüber. Gewisse Vorgänge könnten eben auch in China eine Intervention rechtfertigen. Die Tibeter und die Uiguren sehen das - vermutlich nicht zu Unrecht - so.

Ist denn der syrische Fall vergleichbar mit beispielsweise dem in Ägypten, also ein unterdrücktes Volk, das aufsteht gegen den Diktator, oder ist es nicht doch ein Bürgerkrieg zwischen den Volksgruppen der Alawiten und der Christen in der Regierung und den sunnitischen Bevölkerungsgruppen auf der anderen Seite?

Ich glaube, dass es kein ethnischer Konflikt im engeren Sinne ist. Es ist ein Konflikt, der als Volksaufstand oder Massenrebellion bezeichnet werden kann. Wobei es natürlich richtig ist, dass die Regimeelite sich vorrangig aus Minderheiten rekrutiert. Das ist eine klassische „Divide et Impera“- oder „counter-balance“-Strategie. Die macht es natürlich noch schwieriger, den Konflikt in friedlichere Bahnen zu führen. Das ist eine Komponente, die in Ägypten gefehlt hat. Aber ansonsten sind es schon vergleichbare Prozesse, Tunesien,

Ägypten, Syrien sind einander sicherlich ähnlicher als beispielsweise Bahrain, wo man es wirklich mit einer re-

„Auf der anderen Seite droht dem Regime, das Geld auszugehen.“

ligiösen Minderheit vs. einer religiösen Mehrheit zu tun hat, und die religiöse Zugehörigkeit die zentrale Spaltungslinie ist, nur dass die Minderheiten in Bahrain die Sunniten sind und die Bevölkerungsmehrheit die Schiiten.

Gleichwohl spielen ethnoreligiöse Zugehörigkeiten eine besondere Rolle in Syrien, weil das Regime seine Eliten vor allem aus Minderheiten rekrutiert. Aber was man auch in Syrien sieht, ist, dass sich die Mittelschicht nicht auf die Seite der Opposition und der Proteste geschlagen hat, nicht weil sie alle Alawiten und Christen sind, sondern weil sie ökonomische Nachteile befürchten.

Gibt es denn überhaupt eine Chance, dass sich in diesen Ländern, vor allem in Syrien, irgendwann eine stabile Demokratie etabliert, da jetzt im Gegensatz zu historischen Revolutionen, wie beispielsweise der französischen, die Mittelschicht als Unterstützung fehlt?

Im Grunde sind das zwei Fragen. Die erste muss man optimistischer beantworten, also die Frage, ob es innerhalb der nächsten zwölf bis 24 Monate zu einem Regimesturz kommen könnte, der dann ähnlich wie in Tunesien zu demokratischen Reformen führt, oder nicht? Zweitens: Was sind die langfristigen Aussichten? Die Frage nach den kurzfristigen Aussichten ist schwierig zu beantworten. Was auf der einen Seite offensichtlich ist, ist, dass die Oppo-

sition gegenwärtig militärisch viel zu schwach ist, um das Regime zu stürzen. Die Unterstützung, die sie erfährt, humanitärer, finanzieller und militärischer Art, ist auch bislang nicht ausreichend, um sie wirklich zu einem schlagkräftigen Herausforderer des Regimes zu machen.

Auf der anderen Seite droht dem Regime, das Geld auszugehen. Gerade das Assad-Regime basiert ganz wesentlich auf zwei Elementen, Repression und Kooptation ethnischer Minderheiten, der Mittel- und der Oberschicht. Kooptation kostet Geld und Ressourcen, Repression ebenfalls. All diese Waffen und Divisionen müssen natürlich bezahlt werden. Wenn dem Regime der Geldhahn zugedreht wird, wird es sehr schwierig die Repressionsapparate zu finanzieren. Letztlich könnten die Mittelschicht, Unternehmer und Geschäftsleute die Seite wechseln, weil sich ihre Kosten-Nutzen-Bilanz ändert. Das ist schwierig einzuschätzen.

Langfristig jedenfalls sind die Bedingungen in allen arabischen Ländern oder allen Ländern in Nordafrika und im mittleren Osten wenig vorteilhaft für das Entstehen einer stabilen, einigermaßen funktionsfähigen Demokratie.

Brauchen diese Staaten dann nicht aber angesichts der Faktoren, die Sie genannt haben, starke Unterstützung von außen?

Das ist richtig, gerade von Europa – ein Marshallplan für den nahen und mittleren Osten. Natürlich gibt es diesbezüglich auch warnende Stimmen, die zurecht darauf hingewiesen haben, dass der Marshallplan nur funktioniert hat, weil wir schon damals in Europa funktionsfähige Demokratien, Rechtssysteme hatten, in denen nichts versi-

ckert ist und zur Selbstbereicherung der politischen Klasse herangezogen wurde. Vermutlich aber ist das jetzt ein Moment, in dem westliche Regierungsstaaten und insbesondere die EU gefordert sind, aber zu Eingang des Gesprächs haben wir uns über die Finanz- und Währungskrise unterhalten. Das Geld fließt nach Athen nicht nach Kairo (lacht).

Ist der Konflikt zwischen Israel und dem Iran eine Gefahr dafür, dass sich eine stabile arabische Region herausbildet, oder würden Sie der Aussage zustimmen, wie vor einigen Tagen auch ein Zeit-Autor argumentiert hat, dass wenn sich alle Parteien perfekt rational verhalten, es eigentlich keinen Krieg geben dürfte?

Das ist richtig, aber Akteure handeln unter beschränkten Informationen. Ich bin kein Experte für den iranischen Atomstreit, das vorweg gesagt. Natürlich ist es eine Gefahr für die Region, das ist evident. Wie hoch die Gefahr

„Das Geld fließt nach Athen, nicht nach Kairo.“

ist, das ist die andere Frage. Und hier spricht doch mehr für die Annahme, dass a) Israel im Zweifelsfall nicht alleine gegen den Iran vorgehen wird und b) Iran eher nach einer Option auf Nuklearwaffen zielt, als auf deren tatsächliche Erringung. Das ist eine klassische „blackmailing“ Strategie. Es gibt natürlich eine Gefahr, gerade weil solche Prozesse dann doch mitunter eine Eigendynamik entwickeln, aber die würde ich nicht überschätzen.

Ich halte es für weniger wahrscheinlich, dass Israel alleine losschlägt und auch, dass Iran tatsächlich Atomwaf-



Die Unterstützung, die die Opposition erfährt, ist bislang nicht ausreichend, um sie wirklich zu einem schlagkräftigen Herausforderer des Regimes zu machen.

fen produzieren will. Sie möchten aber wahrgenommen werden als ein Land, dass über das Potential verfügt, Atomwaffen herzustellen und alleine deshalb nicht ignoriert werden kann und bei der Ausgestaltung der regionalen Politik eine Rolle spielen kann.

Wenn Sie eine abschließende Prognose zu dem Nahostkonflikt und dem arabischen Frühling wagen, wird die Region sich stabilisieren und robuste Demokratien hervorbringen?

An dieser Stelle darf natürlich der Hinweis nicht fehlen, dass Prognosen so schrecklich schwer sind, insbesondere wenn sie sich auf die Zukunft beziehen (lacht). Was die Chancen auf demokratische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten anbelangt, bin ich relativ pessimistisch. Tunesien hat meiner Meinung nach noch die besten Aussichten, auch weil es so schön weit weg von Palästina liegt und stark angewiesen ist auf Europa durch Tourismus

und wirtschaftlichen Austausch. Weil es über vergleichsweise gute soziale und ökonomische Voraussetzungen verfügt, weil es kein Rentenstaat ist.

Bei Ägypten und Libyen bin ich schon wesentlich skeptischer. Es gibt offensichtlich eine Phase der Instabilität autokratischer Ordnungen, einige Autokratien scheinen dem zumindest gegenwärtig erfolgreich entgegentreten zu können: Jordanien, Marokko, Al-

„Was die Chancen auf demokratische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten anbelangt, bin ich relativ skeptisch.“

gerien, Bahrain, Saudi-Arabien jeweils mit unterschiedlichen Mitteln. Die einen wenden einfach Repressionen an, so etwa Bahrain, die anderen kalibrieren ihre Institutionen, etwa in Marok-

ko und Jordanien, und wieder andere bedienen sich einer Mischung dessen, wie Algerien. Auch wenn Tunesien die besten Aussichten auf Stabilität hat, dürfte es eher einen isolierten Leuchtturm oder Außenposten der Demokratie darstellen. Aber das sind höchstens Einschätzungen für die nächsten 5 oder 10 Jahre.

Was sich in den Protesten zeigt, ist doch, dass der klassische arabische Gesellschaftsvertrag, der auf der Formel staatliche Patronage und politische Apathie fundiert hat, zumindest in den meisten Ländern erschöpft ist. Jetzt muss eine neue Formel gefunden werden, das ist schwierig. Ob die Demokratie beinhalten wird? Ich glaube es eher nicht. Daher meine Befürchtung, dass das der Beginn einer längeren Phase von latenter, immer wieder eruptiv unterbrochener Instabilität sein wird.

Vielen Dank für das Gespräch!